



Griechenland: Keine Zukunft ohne Katharsis

Von Antonios Koursovitis

Wieder einmal geht es um das Schicksal Griechenlands. Diesmal sind es nicht nur wie gewohnt die Lasten der zu bedienenden Schulden und die katastrophale sozioökonomische Lage des Landes, die für lebhaftes Diskussions- und Szenarien jeder Art sorgen, sondern auch die instabilen politischen Verhältnisse der letzten Wochen.

Das griechische Volk hat am 6. Mai von seinem demokratischen Wahlrecht Gebrauch gemacht und ein mehr als eindeutiges Ergebnis zum Ausdruck gebracht (s. Tabelle 1). Und genau dieses Wahlergebnis sorgte in Europa für Aufruhr und Beunruhigung. Die beiden traditionell größten Parteien und Träger des Memorandums¹, die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) und die konservative Nea Dimokratia (ND), erlitten herbe Verluste. Die PASOK-Partei kam auf 13,18 % (2009: 43,92 %) und die ND auf 18,85 % (2009: 33,48 %). Das Bündnis der Radikalen Linken (SYRIZA) erreichte das zweitbeste Ergebnis mit 16,78 % (2009: 4,6 %).

Für die europäischen und internationalen „Verwalter“ der griechischen Krise, die sogenannte Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds), bedeutet dieses Ergebnis eine Zeit der Unsicherheit. Ihre „Kooperationspartner“ PASOK und ND, welche für die Umsetzung der Vereinbarungen des Memorandums garantierten, konnten keine Mehrheitsregierung² bilden. Auch das Sondierungsmandat des Parteivorsitzenden der SYRIZA-Partei blieb erfolglos. Groß ist im

¹ Das Memorandum ist eine rechtswirksame Vereinbarung der Hellenischen Republik mit der Troika (EU-Kommission, EZB und IWF), welche genaue Ziele und Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und strukturellen Reformen beinhaltet. Die Erfüllung des Memorandums ist die Bedingung für die Gewährung von Finanzhilfen.

² Nach dem griechischen Wahlgesetz bekommt die stärkste Partei einen Bonus von zusätzlichen 50 Sitzen im Parlament. Demzufolge kam die Nea Dimokratia mit 18,85 % auf 108 Sitze. Eine Mehrheitsregierung ist erst bei 151 Sitzen möglich.

Inhalt

Griechenland: Keine Zukunft ohne Katharsis








Antonios Koursovitis

Wer ist schuld an den Krisen der EURO-Zone?

Hans H. Lechner

Inland und Ausland die Angst vor einem regierungslosen Griechenland. Griechische und europäische Medien sprechen von unkontrollierter Pleite, Austritt aus der Euro-Zone, Plan B, Chaos und Einstellung von Hilfszahlungen.

Tabelle 1: Griechische Parlamentswahlen 2012

	Partei	Stimmen- anteil in %	Sitze
	Nea Dimokratia	18,85	108
	Syriza	16,78	52
	Bündnis der Radikalen Linken		
	Pasok	13,18	41
	Panhellenische Sozialistische Bewegung		
	Unabhängige Griechen	10,61	33
	Kommunistische Partei Griechenlands	8,48	26
	Goldene Morgenröte	6,97	21
	Demokratische Linke	6,11	19

Quelle: Griechisches Innenministerium 2012.

Die griechische Krise verstehen

Griechenland befindet sich in der Tat in einer sehr schwierigen Lage. Das Land durchlebt eine historische Phase von großer nationaler Bedeutung. Sie wird die griechische Gesellschaft und Politik mit Sicherheit auch langfristig ändern und prägen. Die Konzepte der griechischen Regierung(en) und der Troika in den letzten zwei Jahren, die Verschuldungskrise unter Kontrolle zu bringen, haben sich leider als wenig erfolgreich erwiesen. Dabei stieg die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten auf 21,7 % (bei Jugendlichen auf 51,2 %) ³, das BIP ging im letzten Jahr um 7 % zurück und die Gesamtverschuldung blieb weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Haben also die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten zwei Jahre versagt? Haben sich die Experten des IWF, der EU und der EZB geirrt? Und wenn ja,

was sind die Gründe dafür?

Ein Blick auf das Vokabular der griechischen Krise gibt Aufschluss über die Gründe des Versagens. Darin findet man vor allem ökonomische Begriffe: Währungsunion, Kredite, Schulden, Sparen, Haftung, Konsolidierung, Zinsen, Tilgung, Gläubiger, Schuldenschnitt usw. Dabei muss man endlich die Frage stellen, ob die griechische Krise ausschließlich ein ökonomisches Problem ist, dessen Bewältigung nur auf die ökonomische Ebene reduziert werden sollte, wie es permanent geschieht. Ist die griechische Krise mit Stabilitätsmechanismen, Krediten, aufgezwungenen Reformen, Direktiven der Troika etc. zu bewältigen? Die Antwort auf diese Frage führt zweifellos zum Ursprung des Problems und die lautet eindeutig: Nein! Die griechische Krise ist eine politische, gesellschaftliche und vor allem eine Krise der Demokratie, und somit werden jegliche Rettungsmechanismen und andere wirtschaftliche Krisenbewältigungsinstrumente versagen. Die ökonomische Krise in Griechenland ist die Folge massiver Demokratiedefizite und nicht umgekehrt. Es wird höchste Zeit, diese Tatsache zu akzeptieren und anzufangen, daran zu arbeiten. Die folgenden Betrachtungen sollen dem Leser helfen, diese These zu verstehen.

Politik und Gesellschaft in Auseinandersetzung mit der Krise

Im Herbst des Jahres 2009 wählten die Griechen eine neue Regierung. Der neue griechische Ministerpräsident und Parteivorsitzende der sozialistischen Partei PASOK, Georgios Papandreou, kündigte laut an, ein neues Griechenland zu schaffen, nachdem die konservative Regierung der Nea Dimokratia unter Kostas Karamanlis (2004–2009) Griechenland den endgültigen Todesstoß gegeben hatte, wie man aus den Enthüllungen in den letzten Jahren erfahren konnte. Die neue Regierung Papandreous veröffentlichte kurz nach der Wahl die makroökonomischen Daten. Das Haushaltsdefizit betrug auf einmal 12,6 % ⁴ des BIP

³ Vgl. Eurostat, Pressemitteilung Euroindikatoren 67/2012.

⁴ Nach endgültiger Berechnung machte das Haushaltsdefizit 15,6 Prozent des BIP aus.

statt 3,6 %, die es nach den Daten betragen sollte, die die alte Regierung zwei Wochen zuvor publiziert hatte.

Der Regierungsapparat versuchte am Anfang, die Situation als kontrollierbar darzustellen, merkte aber sehr schnell, nachdem die Kapitalmärkte immer höhere Zinsen für neu emittierte Anleihen verlangten, dass die Bedienung der alten Schulden und die Finanzierung der laufenden Staatsausgaben (Renten, Gehälter, Gesundheit, Bildung etc.) ohne zusätzliche günstige Kredite nicht möglich sein würde. Daraufhin wandte sich die griechische Regierung an die EU und den IWF. Das griechische Volk konnte erst im Frühjahr 2010 das Ausmaß der Katastrophe erkennen.

In der nachfolgenden Zeit und bis heute hat die griechische Regierung eine Reihe von neuen Gesetzen erlassen, alte abgeschafft, ergänzt oder modifiziert, um die Vereinbarungen der Memoranden von 2010 und 2012 einzuhalten und damit die Auszahlung der Finanzhilfen zu bewirken. Dabei wurden vor allem Löhne, Gehälter und Renten im öffentlichen sowie privaten Sektor erheblich gekürzt, viele Zulagenregelungen abgeschafft, die Steuersätze bei direkten und indirekten Steuern erhöht, Sondersteuern eingeführt, Steuerfreibeträge herabgesetzt, Bestimmungen des Nationalen Allgemeinen Tarifabkommens geändert und Solidaritätsbeiträge eingeführt⁵. All dies hat die seit fast vier Jahrzehnten etablierten politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen des Landes auf den Kopf gestellt.

Mit Demonstrationen, Streiks und Kundgebungen versuchen die Bürger des Landes, die Regierung davon abzubringen, weitere Maßnahmen umzusetzen, die die sozialen Zustände noch weiter verschlimmern. Familien mit geringem Einkommen und Rentner sind besonders betroffen. Die Zahl der Obdachlosen steigt in den Großstädten Tag für Tag, und vielen bleibt nur

die Möglichkeit, die Suppenküchen aufzusuchen. Viele Familien müssen sogar ihre Kinder bei Kinderheimen abgeben, da sie diese nicht mehr ernähren können. Es wird daher deutlich, dass eine solch immense Umstrukturierung des Landes, die bedeutet, alles, was in den letzten dreißig Jahren nicht gemacht wurde, in einem Jahr vollenden zu wollen, mit enormen ökonomischen und sozialen Problemen verbunden ist. Diese außerordentlich schwierige Aufgabe kann ohne die Beteiligung und Unterstützung des Volkes und nur mit Direktiven der Regierung und der Troika nicht bewältigt werden und muss somit früher oder später zum Versagen führen.

In Griechenland ist genau dies passiert. Die Bürger haben am 6. Mai die größten Parteien und letzten Koalitionspartner PASOK und Nea Dimokratia, die seit Jahrzehnten die Mehrheit der Wählerstimmen für sich gewinnen konnten, eindeutig abgestraft und damit die Fortsetzung der bisherigen Politik infrage gestellt.

Widerstand gegen die Reformpolitik

Warum weigert sich aber das griechische Volk, eine Politik zu unterstützen, die nach Ansicht der letzten Regierungen (2009–2012) und der Troika von großer nationaler Bedeutung wäre? Es geht letztendlich um die Rettung des Landes! Die Mehrheit der Bevölkerung in Griechenland befürwortet zweifellos die Notwendigkeit von Reformen, sieht aber auf der anderen Seite nicht ein, dass die Lasten der Krise wieder einmal von der breiten Bevölkerung getragen werden, während diejenigen, die sich jahrelang auf Kosten des Volkes bereichert haben, ihren unberechtigt erlangten Wohlstand weiterhin genießen dürfen. Und genau hier liegt der Ursprung des griechischen Problems. Die politische Elite schützt sich mit allen verfügbaren Mitteln vor jeder Konsequenz und verlangt gleichzeitig vom Volk, Opfer in historischem Ausmaß zu bringen. Deshalb wurde der patriotische Appell des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou im Frühjahr 2010 an die Bevölkerung, Griechenland mit allen Kräften neu aufzubauen, mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die Bevölkerung verlangte einfach nach einer Erklärung: Warum ist der Staat auf einmal

⁵ Vgl. Matsaganis, Manos; Leventi, Chrysa (2012): Οι διανεμητικές επιπτώσεις της κρίσης στην κατανομή του εισοδήματος (Die Auswirkungen der Krise auf die Einkommensverteilung), in: Κοινωνική πολιτική και κοινωνική συνοχή στην Ελλάδα σε συνθήκες οικονομικής κρίσης, Bank von Griechenland, Juni 2012, S. 66ff.

zahlungsunfähig? Was ist in der Vergangenheit falsch gelaufen? Wer ist verantwortlich? Was hat man getan, um die Probleme zu lösen? Warum wurde das Volk nicht informiert? Erst wenn man diese Fragen und viele andere beantwortet, dann und nur dann kann man mit dem Neuaufbau anfangen.

Die Bevölkerung Griechenlands hat in den letzten zwei Jahren einsehen müssen, dass die Schuld für die ganze Misere auch bei ihr selbst zu suchen ist. An Selbstkritik mangelte es zuletzt nicht. Eine nationale Auseinandersetzung mit der Grundfrage „Was ist passiert?“ hat es dennoch nicht in ausreichendem Maße gegeben. Tagtäglich gab es neue Gesetze, Kürzungen, Entlassungen, Horrornachrichten, Proteste, Presseschlachten im Inland und im Ausland, Vorwürfe, Verhaftungen, Rettungen usw. Die Griechen mussten immer wieder hören, sie seien faul, Betrüger, lebten auf Kosten der anderen – und dies ohne eine kritische Differenzierung. Indem sie pauschalisierend Thesen vertraten und alte Ressentiments bedienten, haben viele Medien, Parteien und Organisationen in Griechenland und im Ausland eine sachliche Auseinandersetzung mit den wirklichen Problemen des Landes zu kurz kommen lassen.

Es ist also wichtig, den Griechen Zeit zu geben, sich mit der Krise als einer innenpolitischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Angelegenheit auseinanderzusetzen. Erst dann werden sie in der Lage sein, mit klarem Verstand und ohne die täglichen Untergangsszenarien Reformen zu akzeptieren und stabile Strukturen für den erwünschten Neuaufbau zu schaffen. Den Neuaufbau zu einer nationalen Angelegenheit zu machen, die von der Mehrheit der Menschen im Lande mit voller Überzeugung getragen wird, das ist heute wichtiger denn je. Die Wahlen im Mai dieses Jahres waren die erste Atempause.

Dass es zu keiner Regierungsbildung kam, muss nicht als Untergang gesehen werden. Es ist eine gesunde demokratische Entwicklung. Die Drohungen der EU-Kommission, der EZB und des IWF (Austritt aus der Europäischen Währungsunion, Einstellung der Hilfszahlungen) für den Fall der Nichteinhaltung der Ver-

einbarungen des Memorandums leisten keinen Beitrag zur Überwindung der Krise. Auch die Behauptung der Medien, dass Griechenland keine Zeit mehr bleibt, ist kurzsichtig, denn es geht um das Wohl und die Souveränität des Volkes. Der Zeitfaktor kann nur bedingt die Priorität der Aufgaben bestimmen. Selbst die weitere Bedienung der Schulden kann Gegenstand von Neuverhandlungen zwischen der Regierung und den Gläubigern sein, denn die Gefahr, dass alle Zahlungen von griechischer Seite für eine bestimmte Zeit gestoppt werden (müssen), ist angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen größer denn je.

Dass die Troika das Problem nicht einsieht, dass sie dem griechischen Volk ein Sparprogramm gerade mithilfe derjenigen Parteien und der Politiker aufzwingen will, die das Land in die heutige Lage gebracht haben und kein Vertrauen beim Volk genießen, bleibt zunächst ein Rätsel. Dieses lässt sich aber auf der anderen Seite zum Teil dadurch erklären, dass die Frage, wer die Verhandlungspartner der Troika in Griechenland sind und ob diese das Vertrauen des Volkes genießen – es ging immerhin um demokratisch legitimierte Regierungen – das griechische Volk bestimmen muss und nicht die Troika.

Die Verantwortung der Politik

Die griechische Regierung hat sich mit der Grundfrage „Was ist passiert?“ nur bedingt und aus politischem Kalkül auseinandergesetzt. Die PASOK-Partei gewann die Wahlen im Herbst 2009 mit 43,92 % – ein eindeutiges Votum der Bürger für einen Neuanfang. Es dauerte aber nicht lange, bis das ganze Land tief in der Verschuldungskrise steckte. Die Regierung unterschrieb das erste Memorandum ohne die Beteiligung des Parlaments, geschweige denn eine Beteiligung der Bürger, und dies bei einer so wichtigen nationalen Angelegenheit. Dabei sind wieder einige Fragen zu beantworten: Warum wurde das Volk nicht von Anfang an über die tatsächliche Lage informiert? Seit wann wussten die Parteien über die bevorstehende Zahlungsunfähigkeit Bescheid, und was haben sie dagegen getan? Warum hat die Regierung angesichts

der katastrophalen Lage nicht schon am Anfang der Legislaturperiode eine Regierung der nationalen Einheit angestrebt? Die Antworten auf diese und viele andere Fragen bleibt die Regierung bis heute schuldig. Als die Menschen allerdings mehr und mehr über die regelrechte Plünderung des Landes und die Missachtung der Verfassung erfahren haben und nach Aufklärung und Gerechtigkeit riefen, hat der Staat seine Polizeikräfte brutal gegen sie eingesetzt. Als das Volk die Achtung der Demokratie, die von den gewählten Volksvertretern mit Füßen getreten wurde, verlangt hat, erntete es Arroganz und Schuldzuweisungen. Unter dem Mantel der parlamentarischen Demokratie genoss die politische Elite alle Privilegien des Staates, die in jeder Legislaturperiode ausgedehnt und an die privaten Bedürfnisse und Interessen angepasst wurden. Auch unter dem Schutz der Immunität wurde ihr für jede Art von Verfehlungen Absolution erteilt.

In der griechischen Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten eine sehr umstrittene politische und gesellschaftliche Kultur entstanden, mit verheerenden Folgen. Werte wie das demokratische Verständnis, die Bedeutung der Gemeinschaft, die Gerechtigkeit oder die politische Verantwortung wurden neu definiert bzw. interpretiert. Insbesondere die weit verbreitete skurrile Vorstellung der Menschen, dass sich der Staat um alles kümmern muss und möglichst jeder Bürger im öffentlichen Dienst eine Arbeit bekommt, wirkte sich fatal auf die Entwicklung aus. Das haben die regierenden Parteien ausgenutzt, indem sie in jeder Legislaturperiode den öffentlichen Dienst missbraucht haben, um ihre Wahlversprechen einzulösen. Im öffentlichen Sektor Griechenlands sind heute etwa 750.000 Menschen beschäftigt, eine Last, die der Staat bzw. die private Wirtschaft nicht mehr tragen kann.

Man sollte aber auf der anderen Seite auch nicht vergessen, dass die Griechen im Jahre 2004 definitiv eine grundsätzliche Änderung wollten. Sie wählten die konservative Nea Dimokratia in allererster Linie deshalb, weil sie die Sozialisten der PASOK nach vielen

Jahren der Politikverkommenheit und einer Regierungsmentalität nach dem Motto „Divide et impera“ endlich loswerden wollten, nicht etwa weil sie der Nea Dimokratia ideologisch nahestanden.

Aber auch die Regierung von Kostas Karamanlis (2004–2009) war eine große Enttäuschung, die nahezu jede Hoffnung auf eine solide politische Kultur in weite Ferne rücken ließ. Karamanlis, der angebliche Hoffnungsträger, hatte leider jede Kontrolle über den Staat verloren und seine Gefolgsleute fanden den richtigen Moment, ihre Klientel auf Kosten des Staates zu bedienen. Es verging in diesen fünf Jahren fast kein einziger Tag ohne einen Skandal. Vetternwirtschaft, Missmanagement, Korruption, der Staat als Selbstbedienungsladen derjenigen, die am längeren Hebel saßen.

Im Jahre 2009 hat Kostas Karamanlis fast geräuschlos die Macht abgegeben und bis heute kein einziges Wort über die Ruinen, die er hinterlassen hat, geäußert. Er und seine Leute saßen nach der verlorenen Wahl im Parlament und bestimmten weiterhin über das Schicksal des griechischen Volkes. Jede Hoffnung der Bürger auf eine Erklärung des Ministerpräsidenten blieb unerfüllt. Diese Art politischer Mentalität zeigt in aller Deutlichkeit, dass das persönliche Wohlergehen und die Interessen der Partei über dem Wohlergehen des Landes stehen. Und sein Nachfolger Georgios Papandreou? Seine Amtszeit hat nur zwei Jahre gedauert. Er betonte immer wieder, dass ihm die politischen Kosten seiner Handlungen egal seien, Hauptsache, er rette sein geliebtes Land, reformiere den Staat und schaffe ein neues Griechenland, wie die Bürger es verdient hätten. Sehr schnell jedoch wurde er auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Griechenland ist nicht Schweden, und der Staat ist zahlungsunfähig. Während seine Regierung angesichts der sich verschärfenden Krise vom Volk die größten Opfer verlangte, kam er der nachdrücklichen Forderung des Volkes nach Gerechtigkeit nicht nach. Keiner wurde zur Verantwortung gezogen, keiner wurde bestraft, keine Katharsis, keine Frage „Was ist passiert?“, keine Demokratie, keine Würde.

Nach zwei Jahren in der Regierung war die PASOK-Partei auch intern zerrüttet. Die Basis erkennt ihre eigene Partei nicht mehr, Minister rebellieren, Abgeordnete werden aus der Partei ausgeschlossen, und die Umfragen zeigen ein ganz düsteres Bild. Der Druck auf die Partei und den Ministerpräsidenten nimmt jeden Tag zu. Im November 2011 wurde eine Übergangsregierung gebildet (PASOK, ND und LAOS), die vom ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank Loukas Papadimos als Ministerpräsident geführt wird. Für die Troika ist die neue Regierung ein Garant für die Einhaltung der Vereinbarungen des EU-Gipfels von 26. Oktober 2011, wonach u. a. die Gläubiger auf 53,5 %⁶ ihrer Forderungen verzichten sollten bzw. mussten. Man sprach von einer Regierung der Technokraten, was eigentlich in keiner Weise zutraf.

Die neue Regierung war ein politischer Kompromiss zwischen der Regierungspartei PASOK und der Nea Dimokratia als größter Oppositionspartei mit dem Ziel, den Druck der aufgebrachten Bevölkerung gegen die politische Elite abzubauen und die nächsten Wahlen anzustreben. Die Beteiligung der rechtsradikalen LAOS-Partei an der Regierungskoalition war nach Ansicht der PASOK und ND notwendig zur Bildung einer nationalen Regierung zum Wohle des Volkes.

Außer Papadimos, der zwar als Experte die Regierung führte, jedoch über keine politische Erfahrung für diesen Posten verfügte, waren alle anderen in der Regierung nach wie vor die gleichen in der Öffentlichkeit wenig beliebten Politiker.

Eine Parteienlandschaft im Umbruch

Tatsache ist, dass die regierenden politischen Parteien in Griechenland längst jedes Vertrauen bei den Menschen des Landes verspielt haben. Vertrauen ist eine grundlegende Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung wichtiger und notwendiger Reformen,

insbesondere in Krisenzeiten wie heute. Die Wahlergebnisse vom 6. Mai 2012 zeigten dieses Misstrauen der Bürger. Die großen Parteien, die über Jahrzehnte hinweg das Land in feudalistischer Manier regiert hatten, verloren ihre Glaubwürdigkeit, und viele kleine alte und neue Parteien profitierten von der Wut und der Verzweiflung der Bevölkerung. Insbesondere das Bündnis der Radikalen Linken (SYRIZA) – jetzt zweitstärkste Partei – rückte mit einer neuen Dynamik in den Fokus des politischen Geschehens. Eine linke Koalition kam allerdings nicht zustande. Die SYRIZA-Partei wird bei den kommenden Wahlen am 17. Juni ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, da aktuelle Umfragen sie sogar als die stärkste Partei prognostizieren. SYRIZA konnte u. a. deshalb so viele Wähler ansprechen, da die Partei bis heute eine Anti-Memorandum-Position vertritt. Eine der wichtigsten Forderungen von SYRIZA in den Sondierungsgesprächen war die Neuverhandlung des Memorandums.

Falls eine linke Koalition nach den nächsten Wahlen die Regierung stellen wird, dann stellt sich die Frage nach der Regierungsfähigkeit. Wenn die Linken Verantwortung übernehmen wollen, dann müssen sie ein konkret ausgearbeitetes wirtschaftspolitisches Programm vorlegen, das eine reale politische und ökonomische Perspektive bietet, um die bevorstehenden Herkulesaufgaben zu bewältigen. Anti-Memorandum- und Anti-Kapitalismus-Parolen allein werden nicht reichen. Die politischen Parteien und vor allem die Regierungen müssen das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen, und dies bedarf einer völlig anderen Politik, als dies bisher der Fall war. Es gibt für eine künftige Regierung in Griechenland keinen politischen Spielraum mehr, mit allgemeinen Versprechen und realitätsfernen Zukunftsvisionen die Bürger dazu zu bewegen, Opfer zu bringen. Das müssen auch die Regierungsambitionen hegemonisierenden Linken begreifen und schon im Vorfeld davon überzeugen, dass sie nicht doch nur ein weiteres „Lehman-Brothers-Zertifikat“ in der griechischen Parteilandschaft sind.

⁶ Vgl. Handelsblatt von 12.03.2012, <http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anleihen/schulden-schnitt-griechenland-schliesst-anleihentausch-ab/6318102.html>

Demokratie und Gerechtigkeit

Nach den kommenden Parlamentswahlen am 17. Juni 2012 muss eine Regierung gebildet werden, welche die Akzeptanz des Volkes genießt und bereit ist, einen anderen politischen Weg einzuschlagen. Die Griechen müssen sich den Herausforderungen stellen, ehrlich und selbstkritisch das Versagen der Politik und der Gesellschaft der letzten Jahrzehnte zugeben und alles tun, um einer neuen Zeit in der Geschichte des Landes den Weg zu ebnen. Hierfür müssen die entsprechenden Grundlagen geschaffen werden. Dazu gehört vor allem anderen die Wiederherstellung der Gerechtigkeit, was der griechische Staatspräsident Papoulias übrigens bereits mehrmals, wenn auch ohne konkrete Hinweise, wie dies vonstattengehen sollte, verlangt hat. Wie ist konkret dieser Forderung Rechnung zu tragen?

Aufgabe des nächsten Parlaments und der Regierung muss es sein, unverzüglich die institutionellen Strukturen zur Errichtung einer griechischen „Gauck-Behörde“ zu schaffen mit dem Ziel, die politischen und wirtschaftlichen Verfehlungen der letzten zwanzig Jahre aufzuklären. Diese Behörde darf weder mit politischen Personen besetzt werden noch von den Parteien Anweisungen bekommen. Die Staatsanwaltschaft, der griechische Staatsrat (Symvoulío tis Epikrateias), das oberste Zivil- und Strafericht (Areios Pagos) und der Rechnungshof sollten ein Gremium konstituieren, das die Untersuchungen leitet und die Gerichtsbarkeit ausübt. Dabei sollten der Verlauf der übermäßigen Verschuldung des Landes und die Demontage des Staates in den letzten zwanzig Jahren genau untersucht werden. Das griechische Volk hat das Recht, die Wahrheit zu erfahren:

- Warum wurden die makroökonomischen Daten manipuliert?
- Warum hat das griechische Amt für Statistik falsche Zahlen veröffentlicht, und welche Anweisungen haben dabei die Finanzminister erteilt?
- Welche Rolle spielte Goldman Sachs bei der Verschleierung der Schulden?
- Warum wurde in einem EU-Land wie Griechenland

erst im Jahre 2011 die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen erfasst?

- Warum hat man die tatsächlichen Schulden des Gesundheitssektors nicht erfasst, und wer hat davon profitiert?
- Warum haben Tausende von Menschen Renten bekommen, ohne einen Anspruch darauf zu haben?
- Warum hat es keine Kontrollinstrumente gegeben, und wem nutzte das?
- Warum wurden die Sozialkassen geplündert?
- Warum haben höhere Bedienstete in Ministerien gegen Bestechungsgelder Investitionsgenehmigungen erteilt?
- Warum haben die Steuerbehörden versagt?
- Warum haben die Regierungen auf Kosten des Staates ihre Klientelpolitik betrieben?

Der Fragenkatalog würde bei Weiterführung sicherlich noch viele Seiten umfassen. Wichtig ist auch, die großen Skandale aufzuklären, wie z. B. die Militärausgaben und die bezahlten Provisionen. Wer hat überall die Jahre auf Kosten der Bürger profitiert? Ein ehemaliger Verteidigungsminister sitzt bereits in Untersuchungshaft, aber dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Auch der Siemens-Skandal muss aufgeklärt werden. Politiker wurden bestochen und Parteien finanziert, um Siemens Großaufträge zu verschaffen. Michael Christoforakos, der ehemalige Leiter der Siemens Hellas, hielt für Siemens in Griechenland die Zügel in der Hand und hat das griechische politische System systematisch mit Millionen versorgt. Bis heute weigert er sich, seinen Beitrag zur Aufklärung zu leisten. Es ist eindeutig, dass er Politiker und Parteien benennen würde, die heute noch die politischen Geschicke des Landes bestimmen. Sowohl in Griechenland als auch in Deutschland wurde dieser Skandal politisch zügig von der öffentlichen Bühne gedrängt. In der griechischen Gesellschaft ist das Thema Siemens allerdings immer noch in aller Munde. Und viele andere Fälle, die hier nicht aufgezählt werden können, sind der Nachweis für die Verletzung von Gesetzen ohne Konsequenzen, Missachtung des Rechts-

systems und der Verfassung, selektive Anwendung der Rechtsprechung und Willkür.

Die Staatsanwaltschaft muss mit sofortiger Wirkung die Offenlegung aller Bankdaten der letzten zwanzig Jahre von allen Regierungsmitgliedern, Abgeordneten, Staatssekretären und Staatsbediensteten mit Entscheidungsbefugnissen anordnen. Es müssen alle Transaktionen im Inland und im Ausland überprüft werden. Dazu kommt die Überprüfung von Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Sind Straftaten festzustellen, dann haben die Aufhebung der Immunität sowie die Aussetzung der Verjährung rechtswirksam zu erfolgen, mit allen gesetzlichen Konsequenzen.

In den letzten zwei Jahren versuchte die Politik, die Wut der Bevölkerung zu dämpfen, indem parlamentarische Untersuchungsausschüsse gebildet wurden, um bestimmte Skandale aufzuklären. Man konnte allerdings ganz schnell feststellen, dass diese Pseudo-Untersuchungsausschüsse eine Farce waren und nur darauf abzielten, die Bürger milde zu stimmen. Sogar für aufgedeckte und zugegebene rechtswidrige Handlungen gab es wieder einmal und wie erwartet keine Konsequenzen.

Noch eine Niederlage für die Demokratie und eine Zumutung für alle hart arbeitenden Bürger, die das üppige Festmahl der Feudalherren machtlos mit ansehen müssen. Kommen die griechische Regierung und das Parlament der Forderung nach Gerechtigkeit nicht nach, muss das griechische Volk ihnen als Kollektiv und unabhängig von Parteizugehörigkeiten diese Forderung aufzwingen, indem der Europäische Gerichtshof eingeschaltet wird.

Ohne Katharsis und die Wiederherstellung der Gerechtigkeit kann in Griechenland von einem neuen Anfang nicht gesprochen werden. Es geht dabei nicht um Hexenjagd oder eine politische Inquisition und auch nicht um Rache. Es geht einfach um die Bekämpfung der wirtschaftlichen und politischen Kriminalität und vor allem um den Schutz und die Wahrung der Verfassung und der Demokratie. Kein Politiker, Parteifunktionär oder Unternehmer darf über der Verfas-

sung und dem Land stehen. Das muss die griechische politische und wirtschaftliche Elite begreifen, Verantwortung übernehmen und den Weg für einen neuen Anfang frei machen.

Das Gebot der Gerechtigkeit bei der Betrachtung der griechischen Krise ist deshalb so wichtig, da aus einer ökonomischen Krise heraus unberechenbare politische und soziale Konflikte entstehen können. Insbesondere in Ländern ohne starke soziale Sicherungssysteme gelten diese Konflikte als systemgefährdend. Genügend Beispiele in Griechenland in den letzten zwei Jahren bestätigen diese These: extreme Gewalt der Staatsorgane, schwer verletzte Demonstranten und tote unschuldige Bürger, Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit, Toleranz gegenüber radikalen Gruppierungen, Tötlichkeiten gegenüber den Volksvertretern. Heute traut sich in Griechenland kaum ein aktiver Politiker der regierenden Parteien, sich ohne Personenschutz frei zu bewegen.

Institutionelle Reformen als Priorität der Reformpolitik

Die Krise in Griechenland hat mit der Funktionsfähigkeit des Staates zu tun. Genau da sind tief greifende Reformen vorzunehmen. Erst dann kann das belastete Verhältnis zwischen dem Staat und der Gesellschaft normalisiert werden. Denn solange die Bürger des Landes den Staat und seine Verwalter, die Politiker, ablehnen und diese als Betrüger wahrnehmen, wird es weder eine politische Entspannung noch eine wirtschaftliche Erholung geben. Das politische System muss seine längst verlorene Reputation zurückgewinnen. Man muss den Menschen in Griechenland einen zuverlässigen, nachhaltigen und verfassungskonformen politischen, ökonomischen und sozialen Handlungsrahmen anbieten, an dem sie sich orientieren können. Die Politik muss das Volk überzeugen, dass der Grundsatz „Gleiche Regeln für alle“ eingehalten wird. Die staatlichen Institutionen müssen grundlegend reformiert, transparent, vertrauensvoll, effizient, bürgernah und vor allem unabhängig von parteipolitischen und wirtschaftlichen Einflusskreisen und Interessen werden.

Des Weiteren braucht man ein modernes Bildungswesen, ein für unser Jahrhundert akzeptables, gut organisiert und finanzierbares Gesundheitssystem, ein gerechtes Steuersystem und einen gesunden, funktionierenden Wettbewerb. Einige bereits eingeleitete Reformen, die fairerweise der Papandreou-Regierung zuzuschreiben sind, müssen fortgesetzt werden. Dabei soll auf die soziale Verträglichkeit von Maßnahmen geachtet und schwachen Gruppen der Gesellschaft Hilfeleistungen angeboten werden. Eine gerechte Verteilung der Lasten muss die höchste Devise sein.

Ohne zuletzt auf die rein ökonomische Analyse der Krise und mögliche Handlungs- und Lösungsszenarien einzugehen, sei hinzugefügt, dass ein Blick auf die makroökonomischen Daten Griechenlands die Tatsache erkennen lässt, dass eine wirtschaftliche Erholung auch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten ist. Alle optimistischen Erwartungen und Prognosen konnten leider nicht bestätigt werden. Die Produktion und die Investitionen gehen weiterhin zurück, die Arbeitslosigkeit und die Armut steigen, die Einkommen sinken, der soziale Zusammenhalt schwindet, die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nimmt zu und die Psychologie der Menschen hat einen Tiefpunkt erreicht. Die Griechen müssen realisieren, dass die sozioökonomische Lage auf dem Niveau vor 2009 nicht schnell wiederhergestellt werden kann. Der wirtschaftliche Erholungsprozess wird mindestens noch zehn Jahre dauern, und das unter der Voraussetzung, dass das griechische Volk den Neuaufbau des Landes so früh wie möglich zur nationalen Aufgabe macht. Die Griechen müssen letztendlich, und das ist ihre Pflicht gegenüber ihrer Kultur und Geschichte, nicht nur „mehr Demokratie wagen“, sondern auch mehr Demokratie durchsetzen.

Dr. Antonios Koursovitis, TU Berlin

Wer ist schuld an den Krisen der EURO-Zone?

Anmerkungen zur Politischen Ökonomie der Rettungsaktionen in der EURO-Zone

Von Hans H. Lechner

Die Titelseite des britischen Wirtschaftsmagazins „The Economist“ zeigt in dieser Woche das Bild eines untergegangen und offenkundig weiter sinkenden Frachtschiffs mit dem Namen „Weltwirtschaft“. Eine Sprechblase aus dem Kommandodeck des untergehenden Schiffs meldet: „Könnten wir nicht bitte die Maschinen starten, Frau Merkel“?

Der Botschaft dieses selbst für britische Medienverhältnisse bemerkenswert hinkenden Vergleichs liegt eine Theorie zugrunde, die gegenwärtig weltweit die Grundlage der Analyse von Krisensymptomen der Volkswirtschaften ist. Die dazu gehörende herrschende Lehre zum Thema „Wege aus der Krise“ impliziert: Die angebliche Stabilitätsdoktrin der deutschen Bundesregierung verhindert wirksame Krisenlösungen. Besonders in der aktuellen EURO-Krise bedroht die deutsche Stabilitätshysterie die Entwicklung der Weltwirtschaft. Aus den wahlkampfbeschwerten USA wird den Deutschen beispielsweise geraten,

- die Inflationsrate in Deutschland autonom zu erhöhen, um weitere Deflationsprozesse in anderen Staaten zu vermeiden,
- die Sparpolitik zugunsten einer weiteren Erhöhung der Staatsverschuldung zu beenden, um die Inlandsnachfrage zu erhöhen und damit das Wirtschaftswachstum zu fördern und nicht zuletzt
- die Staatsschulden der Krisenregierungen der EURO-Zone solidarisch zu übernehmen, um nicht sogenannte „Domino-Effekte“ auszulösen.

Inzwischen hat auf dieser Grundlage der neu gewählte Staatspräsident Frankreichs angekündigt, den sog. Stabilitätspakt der EURO-Länder neu zu verhandeln, um Elemente einer „aktiven Wachstumspolitik“ zu Lasten der Stabilitätskomponente in diesen Pakt einzubauen.

Lieber Inflation als Arbeitslosigkeit

Die Theorie hinter diesen Vorwürfen an deutsche Stabilitätspolitikern und den entsprechenden Forderungen an Deutschland ist relativ simpel. Sie enthält im Grunde vier sich ergänzende Hypothesen:

1. Arbeitswillige Menschen sind arbeitslos und/oder müssen zu nicht Entwicklungsstand-adäquaten Löhnen arbeiten, weil die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften hinter dem Arbeitskräfteangebot zurückbleibt.

2. Die Nachfrage der Unternehmen nach Produktionsfaktoren reicht zur Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren nicht aus, weil die Nachfrage nach den Produkten der Unternehmen keinen Anreiz zur Mehrproduktion bietet.

3. Die Nachfrage nach den Produkten der Unternehmen reicht zur Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren nicht aus, weil die potentiellen Güternachfrager nicht genügend Geld haben, um mehr Waren und Dienstleistungen von den Unternehmen zu kaufen.

4. Das zur Vollbeschäftigungsnachfrage fehlende Geld kann relativ leicht durch expansive Zentralbankpolitik zur Verfügung gestellt werden. Am schnellsten kommt mehr Geld in Umlauf, wenn die Zentralbank den Politikern das zusätzlich benötigte Geld zur Verfügung stellt. Politiker geben eingenommenes Geld sofort aus und müssen sich um die Rückzahlung der Kredite nur selten Sorgen machen. Denn Politiker können sich das zur Rückzahlung benötigte Geld - anders als private Schuldner - letztlich durch den Einsatz hoheitlicher Gewalt beschaffen.

Nicht selten versuchen die Vertreter dieser Krisentheorie und der entsprechenden expansiven nachfrageorientierten Vollbeschäftigungspolitik, ihren Argumenten den Anschein wirtschaftswissenschaftlicher Qualität zu verleihen. Sie berufen sich zu diesem Zweck meist auf den englischen Ökonomen John M. Keynes (1883 - 1946), der in einem 1936 erschienenen Buch behauptet hatte, dass die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 durch den zunehmenden Reich-

tum der Menschen im Zeitalter des Kapitalismus und die damit verbundene zunehmende Vermögensbildung durch Spartätigkeit verursacht worden sei.

Denn Sparen ist nach Herrn Keynes Konsumausfall. Bei steigendem Einkommen wird infolgedessen weniger konsumiert. Kein Wunder also, dass bei sich verringendem Konsum die Nachfrage in der Volkswirtschaft nicht ausreicht, um alle Produktionsfaktoren bei einem Entwicklungsstand-adäquaten Einkommen voll zu beschäftigen.

Für die von Herrn Keynes empfohlenen Maßnahmen zur raschen Erhöhung des Geldumlaufs und damit der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage über zusätzliche Zentralbankkredite an den Fiskus gab es im Erscheinungsjahr seines Buches bereits Beispiele. Keynes konnte die Praxis erfolgreicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an Deutschland und den USA studieren (Mefo-Wechsel, ab 1933 in Deutschland, New Deal, ab 1934 in den USA). Die epochalen Erfolge dieser Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sind bis heute in Erinnerung geblieben. Vor allem us-amerikanische Volkswirte haben ihre Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 in den USA und mit den spektakulären Erfolgen des New Deal unter Präsident Roosevelt theoretisch bearbeitet. Diese Bearbeitung mündete nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein in die heute immer noch herrschende Lehre von den Möglichkeiten staatlicher „nachfrageorientierter“ Vollbeschäftigungspolitik.

Bei der Umsetzung dieser Politik durch die „Keynesianer“ wird bis heute vor allem auf die folgenden Merkmale der Weltwirtschaftskrise Bezug genommen:

- den Wallstreet Börsenkrach von 1929,
- die Banken- und Unternehmenszusammenbrüche im Gefolge dieses Börsenkrachs,
- die sich ausbreitende Massenarbeitslosigkeit, und
- das New Deal, das mit zusätzlicher Staatsverschuldung und öffentlichen Arbeitsbeschaffungsaktionen, wie Autobahnbau, einen beispiellosen Erfolg

bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit verzeichnen konnte.

Auf dieser Grundlage wurde und wird in weltweit millionenfach verkauften akademischen Lehrbüchern die Ansicht verbreitet, dass es möglich sei, durch expansive Zentralbankpolitik (die Notenpresse) die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auf das Vollbeschäftigungsniveau zu erhöhen. Noch heute kennt man in Deutschland den Ausspruch des neu gewählten Bundeskanzlers Helmut Schmidt (1974) bei seinem ersten Interview nach der Wahl: „5% Inflation sind besser als 5% Arbeitslosigkeit“. Widerspruch wird nicht geduldet. Wer bei konjunktureller und/oder struktureller Wachstumsschwäche und anhaltender Arbeitslosigkeit („Deflation“) monetäre oder fiskalische Stabilität anmahnt, gilt als Verhinderer einer fortschrittlichen Wachstums- und Beschäftigungspolitik, als „Bremsen“.

Der deflationäre Charakter der Weltwirtschaftskrise

Seit nunmehr 80 Jahren wird in den meisten Ländern der Weltwirtschaft Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik nach den Empfehlungen der herrschenden Lehre der Inflationisten (manche sprechen in einem engeren Sinne von „Fiskalisten“) betrieben. Dass mit dieser „aktiven Wachstumspolitik“ – anders als nach der Weltwirtschaftskrise ab 1929 – nirgendwo Vollbeschäftigung erreicht worden ist, hat die Vertreter der herrschenden Lehre aber nicht beeindruckt und zur Zurücknahme ihrer Forderungen nach „mehr Geld“ bewogen. Im Gegenteil: Da „mehr Geld“ bisher nicht ausgereicht hat, um für angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum zu sorgen, lautet ihre Forderung jetzt lediglich: „noch mehr Geld“.

So haben sich die französischen Inflationisten schon bei den Verhandlungen über die Europäische Währungsunion erfolgreich ausbedungen, dass der erste Präsident der Europäischen Zentralbank ein Franzose zu sein habe. Sie stimmten der Wahl eines Holländers nur unter der Bedingung zu, dass dieser schon vor Ablauf der satzungsmäßigen Amtszeit zurücktritt und einem Franzosen Platz macht. Da die Nicht-Inflationi-

sten im Zentralbankrat der Europäischen Zentralbank in der Minderheit waren und sind, konnten und können sie in allen strategischen und taktischen Fragen der Geldpolitik in der EURO-Zone gnadenlos von den Inflationisten überstimmt werden.

Das Kernproblem dieser inflationistischen Geldpolitik (nicht nur in der EURO-Zone) liegt darin, dass die Inflationisten den wesentlichen Unterschied zwischen der Weltwirtschaftskrise in den Jahren seit 1929 und den Finanzkrisen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht zur Kenntnis nehmen wollen: Die wesentlichen Unterschiede liegen in der jeweiligen krisenbegleitenden Geldpolitik von damals und heute. Die Weltwirtschaftskrise hatte deshalb so katastrophale und langdauernde Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung, weil sie in zwei wichtigen Welthandelsländern, nämlich den USA und Deutschland, durch einen bis dahin beispiellosen Rückgang des Geldangebots ausgelöst, begleitet und verstärkt wurde.

In Deutschland, das 1924 eine Goldwährung mit Golddeckungsvorschriften eingeführt hatte, führte der Goldabstrom für die Bedienung von Auslandskrediten zu einer massiven Verringerung des Geld- und Kreditvolumens per Notverordnungen von Reichskanzler Brüning. In den USA brachen nach dem Kurssturz am Schwarzen Freitag zahllose Banken zusammen, die sich mit den Einlagen ihrer Kunden an den Börsenspekulationen beteiligt hatten, und rissen ihre Kunden mit in den Konkurs. Die Verringerung der Geldmenge in den USA betrug nach den Untersuchungen von Milton Friedman zwischen 1929 und 1934 mehr als 30%.

Konsequenzen aus der Deflationsdiagnose der Weltwirtschaftskrise

Liegen - wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929 - Entstehung und Ansteigen von Arbeitslosigkeit in einem derartigen deflationären Geldmangel begründet, dann ist mit einer Erhöhung des Geldumlaufs die Arbeitslosigkeit relativ einfach zu bekämpfen. Das von Staat und Privaten mehr ausgegebene Geld wird bei den Unternehmen zum Anlass genommen, die unter-

brochene Produktion wieder aufzunehmen und vielleicht sogar zu erhöhen. Die Arbeitslosigkeit geht rasch zurück.

Nun werden die gegenwärtigen Stagnationsphänomene und die steigende Arbeitslosigkeit nicht von einem massiven Rückgang des Geldangebots in den Währungsräumen der Weltwirtschaft begleitet. Im Gegenteil, überall nehmen Geldmenge und Geldausgaben zu. Dies bedeutet aber, dass die Inflationisten der Gegenwart in ihre theoretischen Kausalanalysen und praktischen Reformmaßnahmen eine neue Erkenntnis aufnehmen müssten: dass heute kein Arbeitsloser in der Weltwirtschaft deshalb arbeitslos ist, weil der Geldumlauf fahrlässig oder absichtlich verringert wurde. Die Zentralbanken bringen mehr Geld in nichtdeflationären Volkswirtschaften in Umlauf. Auch heute wird Geld ausgegeben, und mehr Geld steigert auch heute die Nachfrage. Aber das zusätzliche Geldangebot hat heute nicht zur Folge, dass die Unternehmer unterbrochene Produktionsprozesse wieder aufnehmen und mehr Produktionsfaktoren nachfragen. Die bei Geldvermehrung unter Deflationsbedingungen sicheren Wirkungen der expansiven Geldpolitik am Arbeitsmarkt bleiben aus.

Die Inflationisten müssten also nach anderen Ursachen der Krise forschen und ihre arbeitsmarkt- und wachstumspolitischen Forderungen den neuen Gegebenheiten anpassen. Da sie das bis heute nicht tun, bleiben ihnen die Ursachen der Finanzkrisen bis zum heutigen Tage verborgen. Die Losung der Inflationisten heißt stattdessen: Wenn mehr Geld nicht zu mehr Wachstum und weniger Arbeitslosen führt, dann muss eben noch mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Denn noch mehr Geld führt zu noch mehr Nachfrage, und so weiter und so weiter.

Die Ursachen der Finanzkrisen bei steigendem Geldangebot unter nicht deflationären Bedingungen

Dabei kann die notorische Ineffizienz der expansiven Geld- und Finanzpolitik zur Wachstumsförderung unter nichtdeflationären Bedingungen relativ leicht erklärt werden:

- Die zusätzlichen Geldmittel, welche die Zentralbank den Banken per zusätzlichen Kredit zur Verfügung stellt, werden von den Banken in Form von Krediten den Kunden aus den Sektoren Publikum (Unternehmen und Haushalte) und Fiskus ganz oder teilweise zur Verfügung gestellt.
- Die Kreditnehmer der Banken (Publikum, Fiskus) geben das Geld aus.
- Die zusätzlichen Geldausgaben der Bankkunden führen zu zusätzlichen Einlagen im Bankensystem.
- Die Geschäftsführer dieser Banken wiederum müssen die Einlagen ertragbringend anlegen, d.h. Kredite gegen Zins gewähren oder andere lohnende Vermögenswerte erwerben.

Stehen diese Anlagemöglichkeiten nicht in einem Maße zur Verfügung, das die Absorption des von der Zentralbank in den Verkehr gebrachten Geldes mit Expansionswirkungen ermöglicht, dann entstehen Probleme: für die Banken, für die Unternehmen, für die Konsumenten.

Die Banken: Die Banken werden in dem Ausmaß, in dem der Zustrom von Einlagen ihre sicheren Anlagemöglichkeiten übersteigt, überliquide. Unter dem Druck von Aktionären oder Aufsichtsräten werden die Geschäftsführer dieser Banken dennoch versuchen, Rendite zu erwirtschaften. Sie werden beispielsweise

- in der Hoffnung, dass „alles gut geht“, höhere Risiken bei der Kreditvergabe eingehen,
- den Kunden Risiken verschweigen,
- den Druck von oben nach unten weitergeben und den Mitarbeitern im Vertrieb unrealistische Verkaufsziele vorgeben,
- Konzentrationsvorgänge in der Kundschaft anregen und finanzieren,
- dem Staat Vorschläge für Geldausgaben machen, die erhöhten Finanzierungsbedarf auslösen.

Je nachdem, ob und inwieweit diese Art von verstärkten Anlagebemühungen der Manager überliquiden Banken erfolgreich sind oder nicht, führen diese An-

lagen zu geschäftlichen Erfolgen für die Banken oder eben nicht.

Wenn nicht, entstehen für die Banken Verluste. Mit anderen Worten: Betreibt die Zentralbank unter nichtdeflationären volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Politik des „noch mehr Geld“, dann werden sich die Probleme verstärken, die aus dem Fehlen von sicheren und rentablen Anlagemöglichkeiten ergeben haben. Die Überschwemmung der Banken mit zusätzlichem Geld unter nichtdeflationären Bedingungen der Volkswirtschaft führt deshalb über kurz oder lang zu Bankenkrisen. Diese werden umso bedrohlicher, je länger die Zentralbank ihre Politik des „noch mehr Geld“ unter nichtdeflationären Bedingungen fortsetzt. Oder zusammenfassend ausgedrückt: *Die Bankenkrisen sind die unmittelbare Folge einer dilettantischen Zentralbankpolitik auf der Grundlage einer dilettantischen Kausalanalyse der Ursachen unserer ernststen wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart.*

Die Überliquidität der Banken hat Folgen für die *Kunden der Banken*: Regierungen müssen feststellen, dass die Steuereinnahmen wegen ausbleibender Wachstumserfolge der Politik des „noch mehr Geld“ nicht mehr ausreichen, um die eingegangenen Verpflichtungen aus den abgeschlossenen Kreditverträgen zu erfüllen. Ein weiteres Feld von Krisen entsteht und breitet sich aus. Ferner leiden *Unternehmen und Haushalte* darunter, dass die Probleme der Banken sich unter anderem in einer drastischen Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen manifestieren: Die Fristen, zu denen Kredite zu stabilen Bedingungen – vor allem festen Zinsen – erhältlich sind, verkürzen sich unter dem Einfluss der Instabilitätspolitik drastisch, so dass die Risiken von Investitionen drastisch steigen. Das Investitionsklima der Volkswirtschaft verschlechtert sich weiter, die negativen Auswirkungen der Politik des „jetzt erst recht noch mehr Geld“ verstärken sich. Der Bumerang-Effekt der Politik monetärer Instabilität nimmt seinen Lauf.

Zusammenfassung: Trübe Aussichten für die EURO-Zone

Die Frage nach den Ursachen der gegenwärtigen weltweiten Wachstums- und Beschäftigungsprobleme erfordert deshalb eine andere Antwort als die der zeitgenössischen Inflationisten. Nicht die Befürworter einer aktiven Politik für monetäre und fiskalische Stabilität sind für die Probleme von EURO-Zone und Weltwirtschaft verantwortlich. Es ist die Geldpolitik der sogenannten „Spätkeynesianer“, deren Protagonisten immer noch nicht erkannt haben, dass die geldpolitischen Chancen für die Wiedergewinnung von Wachstum und Vollbeschäftigung, die in der Deflation der Weltwirtschaftskrise gegeben waren, längst nicht mehr existieren.

Für die Geldpolitik sind die Zentralbanken verantwortlich. In der EURO-Zone ist die Europäische Zentralbank für die Geldpolitik verantwortlich. Die Reformmaßnahmen zur Wiedergewinnung von Wachstum und Vollbeschäftigung in der EURO-Zone haben deshalb bei der Verfassung der Europäischen Zentralbank anzusetzen. Die gegenwärtig geltende Verfassung der Europäischen Zentralbank hat nicht verhindert, dass unter dem Regime nur zweier Zentralbankpräsidenten die Arbeitslosenzahlen in der EURO-Zone höher sind als je zuvor seit der Weltwirtschaftskrise. Also ist die Zentralbankverfassung zu ändern, um künftig eine erfolgreichere Geldpolitik zu ermöglichen. Für die Zentralbankverfassung ist der Staat zuständig, auch wenn die Zentralbank nicht an politische Weisungen im laufenden Geschäftsverkehr gebunden ist. Reformen allein bei den großen und kleinen Geschäftsbanken, dem sogenannten Finanzsektor der Volkswirtschaften, werden an dem Problem der von der Zentralbank verursachten Überliquidität des Bankensektors und ihren Folgen nichts Wesentliches ändern.

Der gegenwärtig amtierende Präsident der EZB hat sich jüngst darüber beklagt, dass das viele Geld, das in die Wirtschaft „gepumpt“ wurde, nicht in der „realen Wirtschaft“ ankommt und deshalb nicht zu erhöhter Nachfrage bei den warenproduzierenden Unterneh-

men führt. Der gegenwärtig amtierende Präsident der EZB sollte gelegentlich zur Kenntnis nehmen, dass noch mehr Geld, selbst wenn es „ankommt“, heute auch nicht unbedingt die Unternehmen zur Mehrproduktion von Gütern veranlasst. Denn statt zur Mehrproduktion von Gütern kann unter bestimmten Bedingungen noch mehr Geld zu Preissteigerungen oder Qualitätsverschlechterungen führen. Dann fragen die Unternehmen auch nicht mehr Produktionsfaktoren nach.

Der gegenwärtige Präsident der EZB wäre also gut beraten, sich nicht nur zu beklagen, sondern zum Beispiel auch die Ursachen für die Versickerungsprozesse von „noch mehr Geld“ in krisenanfällige Anlagen erforschen lassen. Nur: Die richtige Antwort wird er nicht bei den Vertretern der Politik des „noch mehr Geld“ und ihren akademischen Beratern erhalten, sondern eher bei den Vertretern der stabilitätsorientierten Minderheit, zum Beispiel bei Frau Merkel, Herrn Scheuble oder Herrn Kerber, der die EZB wegen der ständigen Rechtsbrüche seines Instituts EZB sogar verklagt hat.

So lange aber die EZB ihre Politik des „noch mehr Geld“ im EURO-Raum fortsetzt, wird die Kette von Finanzkrisen auch in Zukunft nicht reißen. Das sind in der Tat trübe Aussichten. Diejenigen aber, die mit starkem Willen und schwachen Kräften die Rückkehr zu finanzieller und monetärer Stabilität fordern und im Rahmen ihrer Möglichkeiten durchsetzen, sind nicht die Bremser des Fortschritts, sondern die Warner vor dem bevorstehenden Ruin. Sie verdienen Beifall, nicht Tadel. Denn die nächste Finanzkrise ist, wenn es so weiter geht wie bisher, schon längst unterwegs.

Prof. Dr. Hans H. Lechner, TU Berlin

Impressum:**Herausgeber:****Koursovitis, Antonios/Lechner, Hans H.****Prof. Dr. Hans H. Lechner**

Technische Universität Berlin
Fakultät VII Wirtschaft und Management
Institut für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsrecht
FG Internationale Wirtschaftsbeziehungen Sekr. H 55
Straße des 17. Juni 135
D-10623 Berlin
Tel.: 030 314 23305
Fax: 030 314 23420
E-Mail: h.lechner@ww.tu-berlin.de
Homepage: www.iwb.tu-berlin.de

Dr. Antonios Koursovitis

Technische Universität Berlin
Fakultät VII Wirtschaft und Management
Institut für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsrecht
FG Internationale Wirtschaftsbeziehungen Sekr. H 55
Straße des 17. Juni 135
D-10623 Berlin
Tel.: 030 314 25625
Fax: 030 314 23420
E-Mail: an.koursovitis@ww.tu-berlin.de
Homepage: www.iwb.tu-berlin.de

Vertrieb/Publischer:

Universitätsverlag der TU Berlin
Universitätsbibliothek
Fasanenstr. 88 (im Volkswagenhaus)
D- 10623 Berlin
Tel.: 030 314-76131
www.univerlag.tu-berlin.de

Die IWB Beiträge zur Wirtschaftspolitik sind eine Plattform, um wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Diskurse zu fördern. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISSN